



REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 713 78 76
 DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/17-4/91

II-1831 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

683 IAB
 1991 -05- 07
 zu 627 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
 Anschöber und Freunde vom 4. März 1991,
 Zl. 627/J-NR/91 betreffend "Straßenbauprojekte
 österreichischer Firmen im ehemaligen Ostblock"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1., 2., 3 und 4:

"Welche Informationen liegen dem Ministerium über die konkrete Realisierungssituation und Gesamtkonzeption des Projektes Pyhrnska vor?"

Liegen dem Ministerium Informationen über konkrete Beteiligungen österreichischer Firmen bzw. Banken an diesem Pot-Modell vor?

Welchen konkreten Anteil, in welcher Organisationsform, haben dabei österreichische Firmen?

Wann soll mit der Realisierung des Projektes begonnen werden und in welchem Zeithorizont ist die Fertigstellung geplant?"

Wie weit die Realisierung des Projektes Pyhrnska durch die aktuellen Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien beeinflusst wird, kann derzeit von meinem Ressort noch nicht beurteilt werden.

Es liegen mir lediglich mündliche Informationen über eine Beteiligung einer österreichischen Bank an einem internationalen Bankenkonsortium zur Finanzierung des Projektes Pyhrnska vor. Konkrete Aussagen über Anteile und Organisationsformen der Beteiligung österreichischer Firmen sind daher nicht möglich.

- 2 -

Zu Frage 5:

"Hält es der Bundesminister für vereinbar mit einer umweltorientierten Verkehrspolitik, wenn durch ein derartiges Engagement verstaatlichter Firmen und Banken der Transitverkehr durch Österreich indirekt drastisch erhöht wird?"

Ich kann nicht ausschließen, daß sich österreichische Unternehmen an ökologisch und verkehrspolitisch problematischen Straßenbauprojekten im Ausland beteiligen. Es gibt keine Rechtsgrundlage, nach der ich derartige Beteiligungen verhindern könnte.

Aus ökologischer und verkehrspolitischer Sicht wäre ein verstärktes Engagement österreichischer Firmen zur Verbesserung des Schienenverkehrs und des Kombinierten Güterverkehrs in Osteuropa sowie bei ökologisch ausgewogenen Lösungen für eine Leistungssteigerung der Donauschifffahrt wünschenswert.

Seitens meines Ressorts und der ÖBB wird deshalb angestrebt, die Entwicklung in einer verkehrspolitisch und ökologisch erwünschten Weise zu beeinflussen. Dies geschieht u.a. durch:

- Beratung von Verantwortlichen aus Osteuropa im Hinblick auf die Erstellung eines attraktiven Angebots im Bahn- und im Kombinierten Güterverkehr
- Beratung von österreichischen Kreditinstituten im Hinblick auf mögliche Finanzierungen von Bahnprojekten in Osteuropa
- Darstellung der Negativwirkungen eines überhandnehmenden Straßenverkehrs und Hinweis auf Akzeptanzprobleme in Österreich im Rahmen des Erfahrungsaustausches mit Verantwortlichen aus Osteuropa
- Betonung der konsequenten Fortsetzung der ökologisch orientierten österreichischen Verkehrspolitik und Hinweis auf die Vorteile einer gemeinsamen, Umweltschutz und Bevölkerungsakzeptanz betonenden, Transitverkehrspolitik der mitteleuropäischen Staaten CSFR, Ungarn, Schweiz und Österreich.

- 3 -

Zu den Fragen 6 und 7:

"Welche konkreten Informationen liegen dem Bundesministerium über ähnliche Pot-Beteiligungsmodelle heimischer Firmen bei anderen Straßenbauprojekten in den oben angeführten Ländern vor?

Um welche konkreten Aufträge, Finanzvolumina und Organisationsformen handelt es sich hierbei?

An der Errichtung bzw. an der geplanten Errichtung von wieviel Kilometer Schnellstraße und Autobahn in den oben angeführten Ländern sind derzeit nach Informationen des Bundesministeriums österreichische Firmen beteiligt?"

Über weitere Beteiligungen österreichischer Firmen an Straßenbauprojekten in ehemaligen Ostblockstaaten liegen in meinem Ressort derzeit keine konkreten Informationen vor. Es ist allerdings bekannt, daß von Nachbarstaaten derartige Beteiligungen gewünscht werden. Im Auftrag österreichischer Firmen wurde unter Beteiligung des Ludwig-Boltzmann Institutes eine Pilotstudie "Verkehrsentwicklung und Mobilität in der Europa-Ostregion" erarbeitet. Die Verfasser dieser Studie treten für die Beteiligung österreichischer Firmen an zahlreichen Autobahnprojekten in Osteuropa ein und stellen auch Finanzierungsüberlegungen dafür an.

Die Beteiligung österreichischer Firmen an derartigen Projekten im Ausland erfolgt nach deren autonomer, an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Entscheidung.

Wien, am 6. Mai 1991

Der Bundesminister

